

LINKS SO

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
154 · Ausgabe SO · Mai 2015



Steuererhöhung für Alleinerziehende vorerst abgewendet

Rathaus in Solothurn

Alleinerziehende, das heisst verwitwete, getrennt lebende, geschiedene und ledige Steuerpflichtige, die mit Kindern zusammenleben, mit mehr Steuern belasten? Eine Frechheit fand das die SP-Kantonsratsfraktion und lehnte einen entsprechenden Vorschlag der Regierung bereits im Vernehmlassungsverfahren ab. Offenbar als einzige, denn erst in der Beratung dieser Steuergesetzänderung im Kantonsrat konnten sich auch die andern Parteien nicht mehr für ein solches Ansinnen begeistern.

Zusammen mit Anpassungen des Steuergesetzes an zwingende bundesrechtliche Vorgaben schlug der Regierungsrat ohne Not vor, Alleinerziehende nicht mehr dem Familientarif, sondern neu dem Steuertarif für Alleinstehende zu unterstellen. Dieser Steuertarif gehört zu den höchsten in der Schweiz. Dass kleine und mittlere Einkommen bereits heute überdurchschnittlich mit Steuern belastet sind, ist unbestritten. Dies hat selbst der Regierungsrat kürzlich im Rahmen eines Auftrages der SP-Fraktion festgestellt. Steuerentlastungen für Personen mit bescheidenen Einkommen seien eigentlich nötig.

Mit dem neuen Gesetz hätten Einelternfamilien, und damit auch



Susanne Schaffner-Hess,
Kantonsrätin, Olten
su.schaffner@bluewin.ch

jene mit kleinen und mittleren Einkommen, tatsächlich mehr als 30 Prozent zusätzliche Steuern bezahlen sollen. Damit brachte der Regierungsrat fast den gleichen Vorschlag zur steuerlichen Schlechterstellung von Alleinerziehenden, den der Kantonsrat vor fünf Jahren abgelehnt hat. Obwohl der Kantonsrat damals der Regierung den Auftrag erteilte, statt Alleinerziehende zu belasten, Familien steuerlich zu entlasten, hätten jetzt auf Kosten der Einelternfamilien jährlich 2,7 Millionen Franken mehr Steuereinnahmen generiert werden sollen – eine Frechheit!

Der Kantonsrat hat, nachdem sich die SP-Fraktion vehement gegen diese verfehlte regierungsrätliche «Familienpolitik» gewehrt und mit dem Referendum gedroht hatte, die ganze Steuervorlage an den Regierungsrat zurückgewiesen. Die SP-Fraktion hat im Rahmen der Rückweisung verlangt, dass die Steuerentlastung von Personen mit bescheidenen Einkommen sowie die Entlastung von Familien geprüft werden muss.

Der Regierungsrat wird vorerst nur die bis Ende Jahr umzusetzen und zwingenden bundesrechtlichen Änderungen dem Kantonsrat nochmals vorlegen. Die Besteuerung

von Alleinerziehenden und auch andere umstrittene Änderungsvorschläge, welche die Teilrevision des Gesetzes über die Staats- und Gemeindesteuern beinhaltet hatte, sollen nochmals überdacht werden und zu einem späteren Zeitpunkt und in einer separaten Vorlage zur Diskussion gestellt werden. Die SP wird genau hinschauen, bei den tiefen Einkommen keine Steuererhöhungen akzeptieren und stattdessen mit Vehemenz eine Entlastung fordern.

Einelternfamilien, und damit auch jene mit kleinen und mittleren Einkommen, hätten tatsächlich mehr als 30 Prozent zusätzliche Steuern bezahlen sollen.



GEDENKEN AN KRIEGSENDE

SP pflanzt Friedenslinde im Wasseramt

AM 8. MAI JÄHRT SICH ZUM 70. MAL DAS ENDE DES 2. WELTKRIEGS. DAMIT DAS GEDENKEN DARAN NICHT NUR EINE ANGELEGENHEIT VON REGIERUNGEN UND DIPLOMATEN WIRD, HAT DIE SP IN BOLKEN IM RAHMEN DER FEIERLICHKEITEN VON 125 JAHRE SP KANTON SOLOTHURN EINE LINDE GEPFLANZT, VERBUNDEN MIT DEM DANK AN ALLE, DIE ZUM EUROPÄISCHEN FRIEDENSWERK BEITRAGEN. ÜBER 50 PERSONEN NAHMEN AM GEDENKANLASS TEIL UND HÖRTE DEN INTERESSANTEN AUSFÜHRUNGEN DES REFERENTEN, RUEDI TOBLER, PRÄSIDENT DES SCHWEIZERISCHEN FRIEDENSRATES, ZU.

Niklaus
Wepfer,
Parteisekretär

«Dass wir zum 70-jährigen Gedenken an das Ende des 2. Weltkrieges in Europa heute eine Friedenslinde pflanzen, hat seinen ersten Grund in der Dankbarkeit gegenüber den Alliierten, die damals die Achsenmächte besiegt und die nationalsozialistische Schreckensherrschaft in Europa beendet haben», so Ruedi Tobler zu Beginn seines Referats in Bolken. Dabei wolle man auch die dunklen Seiten nicht vergessen, etwa die Flüchtlingspolitik. Humanitäres Engagement war damals Widerstand gegen die offizielle Politik, wie heute leider schon wieder, meinte Tobler weiter.

Zur Zeit des 2. Weltkrieges war die Schweiz wirtschaftlich sehr stark von Nazideutschland abhängig und hat sich selber weitestgehend ins Wirtschaftssystem der Achsenmächte integriert – stärker, als sie heute mit den bilateralen Verträgen wirtschaftlich an die EU gebunden ist. Tobler meinte, es sei «entlarvend, dass unsere Rechtsausenpartei die damaligen Verhältnisse als Zeit des Widerstandes und der Selbstbehauptung mythologisch verklärt – während sie das gegenseitig ausgehandelte Verhältnis zur EU als Knechtung und Umzingelung verteufelt».

Die Alliierten haben nicht den Fehler gemacht, sich als Sieger aufzuspielen und sich an den Besiegten schadlos zu halten.

Mit der Gründung der Vereinten Nationen haben sie in der UNO-Charta den Anspruch erhoben, eine friedliche Weltordnung zu schaffen, «künftige Geschlechter vor der Geissel des Krieges zu bewahren» und «die Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion zu fördern und zu festigen». Auch für diese Ziele setze man mit der Pflanzung der Friedenslinde ein Zeichen. 70 Jahre nach der Gründung der UNO sei man dennoch meilenweit davon entfernt, dass die Menschheit vor der Geissel des Krieges bewahrt würde. «Die Entwicklungen seit einiger Zeit sind tatsächlich besorgniserregend und schockierend, nur schon wenn wir die immer noch wachsende Zahl der Menschen anschauen, die weltweit auf der Flucht sind – über 50 Millionen sind es, so viele wie seit dem Ende des 2. Weltkrieges nicht mehr», gab der Referent aus dem Appenzellerland zu bedenken. Und trotzdem falle die Bilanz nicht so negativ aus. Fairerweise dürfe man den Erfolg der UNO nicht nur an den Zielen messen, sondern auch an ihren Mitteln und an den Verhältnissen, die die Entwicklung der Welt seit dem 2. Weltkrieg prägten.

Nach dem Ende des Kalten Krieges habe die Anzahl der UNO-Friedensoperationen massiv zugenommen, etliche UNO-Friedensmissionen haben laut Tobler eine deeskalierende bis stabilisierende Wirkung gehabt. Aber auch Misserfolge und Übergriffe durch Blauhelmsoldaten dürften nicht schöngeredet werden. Das Engagement der Schweiz in diesem Bereich lasse allerdings stark zu wünschen übrig. Gut 20 Jahre nach dem Scheitern der Blauhelmvorlage von 1994 wäre es an der Zeit, die Rolle der Schweiz bei UNO-Friedensmissionen grundlegend zu überdenken. «Dürfen wir die Hoffnung haben, dass das Engagement der Schweiz für die UNO-Friedensmissionen zusammen mit der heute gepflanzten Friedenslinde wächst?», fragte Tobler in die Runde. Und die Schweiz ganz allgemein aktiver dazu beiträgt, dass die UNO ihr Ziel verwirklichen kann, künftige Generationen vor der Geissel des Krieges zu bewahren. Dafür braucht es heute und morgen unseren Einsatz – angefangen mit der Pflanzung einer Friedenslinde!

125 JAHRE SP KANTON SOLOTHURN

Das OK für das Jubiläumsjahr 2015 hat bis anhin während 10 Sitzungen und unzähligen Stunden zu Hause oder draussen riesige Arbeit geleistet. Die Vorbereitungen für das Fest laufen auf Hochtouren. Die Einladungen sind mittlerweile in über 3000 Haushaltungen eingetroffen. Das Festprogramm wird sich sehen lassen können. Wir freuen uns schon jetzt auf ganz viele Menschen am 29. August in der Rythalle in Solothurn. Auf 125jahre.sp-so.ch/ kannst du Momentaufnahmen seit der Gründung der SP im Jahre 1890 mitverfolgen. In regelmässigen Abständen erscheint ein neuer Beitrag in Text, Plakat und Video.

1.-MAI-IMPRESSIONEN:

Soziale Gerechtigkeit statt Ausgrenzung



BALSTHAL Zur diesjährigen 1.-Mai-Feier in Balsthal durfte Fritz Dietiker, Präsident der SP Balsthal, mehr als 30 Personen empfangen. Als Festredner eingeladen war mit Peter Schafer ein kompetenter und erfahrener Politiker. Er ist Kantonsrat und Stadtrat in Olten. In seiner Rede blickte Schafer zurück auf die Errungenschaften, für welche die Gewerkschaften in den letzten 125 Jahren gekämpft haben. «In vielen Betrieben haben die Gewerkschaften den 8-Stunden-Tag sowie die 5-Tage-Woche durchgesetzt, ebenso Ferien und höhere Löhne. Die Arbeiterbewegung hat in all den Jahren mehr soziale Gerechtigkeit erkämpft», so Schafer. Der Lokführer aus Olten blickte jedoch nicht nur in die Vergangenheit. Die Arbeit der Gewerkschaften sei heute umso wichtiger. Die sozialen Gegensätze würden wieder zunehmen. Die Einkommen und Vermögen sind extrem ungleich verteilt. Als Lösung für diese Probleme verlangte Schafer mehr soziale Gerechtigkeit. Gute Löhne und Renten, sichere Arbeitsplätze und Lohn-

gleichheit zwischen Frauen und Männern sind gemäss Schafer in der Schweiz wirtschaftlich möglich. Es ist eine Frage des Willens. «Es braucht eine gerechte, solidarische, diskriminierungsfreie und offene Schweiz», so Schafer. (FMB)



BREITENBACH Amteipräsidentin Irene Meier konnte zahlreiche Genossinnen und Genossen begrüßen, insbesondere Elina Häring und Simon Esslinger, die beide für den Nationalrat kandidieren. Die Erwartungen an die Nationalratskandidatinnen und -kandidaten sind in diesem Jahr besonders hoch, geht es doch darum, die beiden Sitze zu halten «dies bei einem Stuhl weniger im Rat, der Kanton Solothurn hat anstelle der 7 nur noch 6 Mandate zugute, da sind wir alle gefordert, die beiden SP-Sitze zu verteidigen», so Meier. Christian Levrat habe am Parteitag in Grenchen von einer Richtungswahl gesprochen: «Wollen wir eine Schweiz, die sich abschottet, eine Politik für die Reichen und Börsenspekulanten, eine Schweiz,

die die Menschenrechte abschaffen und von der übrigen Welt nur profitieren möchte, oder wollen wir eine Schweiz für alle, eine offene, solidarische und gerechte Politik. Eine Schweiz, wo auch ältere Arbeitnehmende noch eine Arbeit bekommen, eine Schweiz, in der man Beruf und Familie vereinbaren kann, eine Schweiz, in der junge Menschen eine gute Bildung bekommen und eine Schweiz, die bereit ist, wenn andere Länder in Not sind, zu helfen.» Wir alle hier können die Politik der SP und ihre Kandidierenden in ihrem Wahlkampf unterstützen, können an Stand- und Telefonaktionen aktiv einen Beitrag leisten, diese Ziele der SP und der Kandidierenden in die Bevölkerung zu tragen, so der Aufruf der Amteipräsidentin. (IMR)



LENGNAU-GRENCHEN Die 1.-Mai-Feier – der Tag der Arbeit – begann mit einem Umzug beim Markplatz in Grenchen und in Lengnau fand dann das Fest mit dem musikalischen Politikabarett «Linggi Schnure» und

den Reden statt. Die SP Grenchen und die SP Lengnau wollten damit ein Zeichen setzen, dass eine überkantonale Zusammenarbeit zwischen den «Randregionen» der Stadt Grenchen im Kanton Solothurn und Lengnau im Kanton Bern sehr wichtig und für die Zukunft unerlässlich ist. Die Wichtigkeit dieses Anliegens zeigte auch die Teilnahme der Referenten, von SP-Ständerat Roberto Zanetti, SP-Nationalrätin Bea Heim, als Vertreter/-in des Kantons Solothurn, Dana Augsburg, Bieler SP-Stadträtin und Remo Bill, SP-Präsident und Fraktionschef im Grenchner Gemeinderat. «Ein gemeinsames Arbeitsamt mit einem regionalen Vermittlungszentrum RAF wäre für die Industrieregion Grenchen-Lengnau von Bedeutung. Auch die Zusammenarbeit der Feuerwehr, die Dienste der Stadtpolizei und der Rettungsdienst von Grenchen wären für die Bevölkerung von Lengnau und Grenchen wichtig. Es darf nicht sein, dass eine Kantonsgrenze diesem sinnvollen Vorhaben zum Wohle der Bevölkerung Grenzen setzt!», sagte Remo Bill in seiner Rede. Sowohl Ständerat Roberto Zanetti als auch Nationalrätin Bea Heim forderten in ihren kämpferischen Referaten soziale Gerechtigkeit statt Ausgrenzung. (RBG)





OLTEN Es scheint, als würden die Fäuste wieder etwas bewusster in die Höhe gestreckt, wenn am 1. Mai die «Internationale» erklingt. Und dies offensichtlich mit gutem Grund. Denn das politische Klima sei «rauer geworden und beten hilft nichts mehr», so Urs Huber anlässlich seiner Begrüssungsrede. Dann geisselte er die aufkommende soziale Kälte in ungewohnt plakativer Deutlichkeit. Gemeinschaftliches Denken sei aus der Mode gekommen. Aber: «Wir entschuldigen uns nicht für den Umstand, dass wir ein Herz für die Schwachen haben.» Nationalrat Philipp Hadorn rief in seinen Worten in Erinnerung, dass niemandem die sozialen Errungenschaften der letzten 60 Jahre in den Schoss gefallen seien. Er plädierte für die Abschaffung der Armeen und wandte sich gegen Steuerprivilegien für Unternehmer. Diese Praxis belaste Normalverdienende und untere Einkommen; «Gift für den sozialen Zusammenhalt», wie er meinte. Hadorn verwarf die Rezepte des viel beklagten Neoliberalismus und bekannte sich zur Maxime; «Der Mensch hat Anrecht auf Würde und Respekt.» (OT)



SOLOTHURN Ständerat Roberto Zanetti erinnerte anlässlich des 125-Jahr-Jubiläums des Tages der Arbeit an den Kampfgeist der Vordenker und an die Gefahren, die es selbst in einer Gesellschaft des Wohlstands gibt. In seiner Auflistung weit vorne war die Aufhebung der Währungsbindung, die in der Wirtschaft existenzielle Probleme hervorruft: «Dieser Entwicklung sind wir ausgeliefert. Sie lässt sich nicht rückgängig machen.» Als «Knacknuss» bezeichnete Zanetti weiter die Bestrebungen, den Volkswillen zur Masseneinwanderungsinitiative umzusetzen und gleichzeitig die Bilateralen zu bewahren. «Es ist ein Bündel von Problemen», Krisen, die oft unter Ausschluss der linken Kräfte behandelt würden, zum Nachteil für viele. Um zu illustrieren, dass Probleme besser gemeinsam angepackt werden, berichtete er von seiner Zeit als Gemeindepräsident von Gerlafingen: «Nachdem die Schliessung des Stahlwerks bereits beschlossene Sache war, konnte der Betrieb doch noch erhalten werden – bis heute, 20 Jahre später.» Er erinnerte sich auch an Stahlarbeiter, die zur Rettung

des Betriebs einen Viertel ihres Jahreslohns opfern wollten: «Hat man Ähnliches schon mal von einem Manager gehört?» (SZ)

Freude bei der SP Balsthal

Präsident Fritz Dietiker erwähnte bei der Begrüssung zur 98. Generalversammlung der SP und Unabhängigen das erfrischende Auftreten unserer Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga beim Empfang des französischen Staatspräsidenten. Eine gute und friedliche Zusammenarbeit mit unseren Nachbarländern ist und bleibt eine wichtige sozialdemokratische Forderung. In seinem Jahresbericht verdankte der Präsident die erfolgreiche Arbeit unseres Kantons- und Gemeinde-rates Fabian Müller in den Bereichen Energie, Infrastruktur und Finanzen. Der Höhepunkt der GV aber war die Aufnahme des neuen Mitgliedes Gökan Durusoy. Der junge Familienvater, der in Deutschland aufwuchs und schon 14 Jahre in der Schweiz lebt, möchte sich aktiv an der Dorfpolitik beteiligen. Eine



Gökan Durusoy, Fritz Dietiker, Heinz von Arb

weitere erfreuliche Mitteilung machte Vizepräsident Heinz von Arb. Er hat sich entschlossen, auf der Liste SP60+ für den Nationalrat zu kandidieren. (FMB)

Fraktionsausflug

Nach zwei Sessionstagen im Kantonsrat, inklusive erfolgreicher Rückweisung eines unsozialen Steuergesetzes, führte die SP-Fraktion ihren Ausflug mit über 50 Genossinnen und Genossen im Bucheggberg und Wasseramt durch. In diesem Jahr besuchten die SP-Frauen und -Männer in drei Gruppen die Biogas-Anlage und das Hybridwerk in Zuchwil sowie die Bucheggberger Brauerei in Kyburg. Die Naturfreunde umwanderten unter fachkundiger Führung den Äschisee. Im Anschluss daran trafen sich die über 50 Genossinnen und Genossen zum gemeinsamen Abendessen in Bolken.

Roberto Zanetti, Bea Heim und Philipp Hadorn berichten aus der laufenden Sommersession

Aktuell aus Bern

Donnerstag, 11. 6. 2015, 19.30 h
Neues Schulhaus, Büneweg 4,
Hofstetten

Herzlich willkommen.
Der Anlass ist öffentlich.



Für verdichtetes Bauen – Spekulationen verhindern.

Wegen der eingeführten Negativzinsen der Banken wird wieder vermehrt gebaut und in Immobilien investiert. Bei den Immobilien wird immer noch eine Bruttorendite von über 6 Prozent erwirtschaftet. Die Ressource Land resp. der Boden ist ein wichtiges Gut, damit muss sorgfältig umgegangen werden. Sekunde für Sekunde wird in der Schweiz 1 m² überbaut. Die Folge davon ist eine beängstigende Zersiedlung. Wenn man zum Beispiel mit dem Zug von Grenchen Richtung Zürich fährt, wird einem verstärkt bewusst, wie sich die Agglomerationsgebiete rund um die Städte ausdehnen. Wenn wir so weitermachen, entsteht im Mittelland eine «Gross-

MEIN STANDPUNKT

Remo Bill, Präsident und Fraktionschef, SP Grenchen
mail@remobill.ch



stadt Schweiz». Das kann und darf nicht unser Erbe für unsere Nachkommen sein. Wir müssen häuslicher umgehen mit der Ressource Land. Nachhaltige Entwicklung ist gefragt. Die bestehenden Siedlungsgrenzen müssen gehalten werden. Der Stadtraum ist begehrt und teuer. Die Verdichtung der bestehenden Bausubstanzen in den Städten und Ballungszentren ist deshalb von zunehmender Bedeutung. Verdichtet bauen ist für jede Gemeinde in der Schweiz ein Muss! Konjunkturforscher sagen voraus, dass sich die Bautätigkeit von der grünen Wiese wieder in die Städte verlagern wird, wo bestehende Bausubstanzen saniert und umgenutzt werden. Bei der Verdichtung des Stadtraums geht es um die Nutzung

von brachliegenden Dachflächen, um die Schliessung von Baulücken oder die Bebauung von Innenhöfen. Interessant dabei ist es, die vorhandene Infrastruktur des Altbaus zu nutzen und das Gebäude aufzuwerten. Um die notwendigen Flächen für Parkanlagen, Spielpätze und andere städtische Räume in den Zentren frei zu halten, müssen auch Hochhauslösungen in Betracht gezogen werden. Verdichtetes Bauen wird von den kantonalen und kommunalen Instanzen unterstützt. Die Spekulationen mit Land und Immobilien müssen aber auch politisch verhindert werden. Im Kampf gegen die «Landspekulanten» braucht es die Zusammenarbeit aller, um diesem spekulativen Vorgehen den Riegel zu schieben.